

Positionen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **74 (1994)**

Heft 10

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

KONFLIKTHERD MOBILITÄT

Mit der Zustimmung zur Alpeninitiative hat der Schweizer Soverän einen tollkühnen Entscheid gefällt, der nicht nur die Verhandlungsposition der Landesregierung gegenüber der Europäischen Union empfindlich geschwächt hat, sondern auch innenpolitisch Gräben in einem wohl kaum erwarteten Mass aufreisst. Eine erste Kostprobe hat man mit dem Streit um den Ausbau der Nationalstrasse im Wallis erhalten, die schliesslich mehr aus Rücksicht auf die regionalen Interessen als aus sachlich zwingenden Gründen von der selbstgewählten Beschränkung ausgenommen wurde.

Konnte man hier den – wie bei Volksinitiativen nachgerade üblich – nicht hinreichend präzisen, weil plakativen Verfassungstext politisch interpretieren, stösst man bei der offensichtlichen Diskriminierung des primär von Ausländern betriebenen Transitverkehrs an nicht mehr überwindbare Grenzen. Will man die verkehrspolitischen Verhandlungen im europäischen Rahmen retten, sehen sich Bundesrat und Parlament gezwungen, den alpenquerenden Verkehr für das in- und ausländische Transportgewerbe gleich zu behandeln. Der in der Verfassung längerfristig angeordnete Zwang, den Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern, darf sich folglich nicht allein auf den Transitverkehr beschränken, sondern muss den Binnenverkehr einbeziehen. Wie realistisch diese verbindliche Zielsetzung ist, bleibt allerdings fraglich. Vorerst wird nun vorgesehen, mit marktwirtschaftlichen Instrumenten, das heisst über den Preis, wenigstens eine Trendwende von der Strasse zur Schiene herbeizuführen, in der Hoffnung, sich später vielleicht eigentliche Zwangsmassnahmen ersparen zu können.

An sich ist die Idee, die bereits bestehende Umweltbelastung durch den Verkehr sowie die zu erwartenden Mehrbelastungen durch verursacherorientierte Lenkungsabgaben einzudämmen, sinnvoll und begrüssenswert. Aber weder das Verursacherprinzip

noch die Lenkungsabgaben haben sich bisher mehr als nur ansatzweise durchsetzen lassen – ungeachtet der zahlreichen Bekenntnisse zu mehr Marktwirtschaft anstelle von Regulierungen. In der Verkehrspolitik stehen zudem nicht nur beträchtliche wirtschaftliche Interessen ganzer Branchen auf dem Spiel, sondern tiefverwurzelte und weitverbreitete Wertvorstellungen, die sich letztlich im Begriff

In der Verkehrspolitik stehen zudem nicht nur wirtschaftliche Interessen ganzer Branchen auf dem Spiel, sondern tiefverwurzelte Wertvorstellungen, die sich letztlich im Begriff Mobilität verdichten.

Mobilität verdichten. Daran ist nicht nur die grosse Zahl jener interessiert, deren Arbeit und Verdienst direkt und indirekt von Verkehr und Transport abhängen, sondern auch eine Mehrheit jener, die als Verkehrsteilnehmer oder Konsumenten davon profitieren. Hier nur von den organisierten Lobbies zu reden ist realitätsfremd. Was unsere gesamte Volkswirtschaft nämlich aufzuwenden bereit ist, nicht nur für Verkehrswege, sondern auch für Verkehrs- und Transportmittel, für die Mobilität schlechthin, übersteigt die erschreckenden roten Zahlen der öffentlichen Haushalte um ein Vielfaches.

Das hindert diese mobile Bevölkerung nicht daran, auch den Schutz vor zuviel Umweltbelastungen zu suchen und mitunter gar radikale Vorschläge wie die Alpeninitiative zu unterstützen. Der Umgang mit widersprüchlichen Wert- und Zielvorstellungen lässt sich zwar individuell mit rationalem und ökonomischem Verhalten einigermaßen lösen: in der Politik jedoch sind die Konflikte und Pattsituationen vorprogrammiert. Die Mobilität in allen ihren Zusammenhängen ist kaum Gegenstand des öffentlichen Diskurses; um so heftiger wird über Einzelfragen bis hin zu Parkgebühren gestritten. Von marktwirtschaftlichem Denken ist kaum etwas zu spüren, die Kostenwahrheit wird nach Möglichkeit vertuscht. Vielleicht bringt die schmerzhafteste Umsetzung der Alpeninitiative dies stärker ins Bewusstsein – dann hätte der Soverän sich selbst nicht umsonst provoziert. ♦

ULRICH PFISTER

DEN ARBEITSMARKT LIBERALISIEREN

Das Problem: Technologischer Fortschritt macht es möglich, dass mit immer weniger Arbeitskräften immer mehr Güter und Dienstleistungen immer effizienter produziert werden können. Gleichzeitig sorgen immer unflexibler gewordene Arbeitsmärkte, unzeitgemässe Ausbildungsgänge und falsches Prestigedenken dafür, dass die modernen Industriegesellschaften in vielen für die Lebensqualität wichtigen Bereichen an Arbeitskräftemangel leiden.

Arbeit ist Mittel zum Überleben und zur existentiellen Sinnstiftung. Mit wachsendem Wohlstand tritt die Sinnstiftung immer stärker in den Vordergrund.

In den modernen Industriegesellschaften gibt es weder die Überlebensnotwendigkeit noch die Nachfrage, dass alle arbeitsfähigen Bürger arbeiten müssen beziehungsweise arbeiten können. Immer mehr Bürger sehen sich deshalb vor der Herausforderung, die existentielle Sinnstiftung ausserhalb von Arbeit in der Form entlohnter Erwerbstätigkeit zu finden. Da es seit Menschengedenken ohne harte Arbeit für den einzelnen wie die Gemeinschaft kein Überleben gab, fällt es schwer, mit dem an sich paradiesischen Zustand, dass der Mensch in den modernen Industriegesellschaften von naturbedingter Zwangsarbeit befreit ist, zu Rande zu kommen.

Der Grundsatz: «Alle staatlichen Sozialtransfers werden abgeschafft. Es gibt keine Lohnnebenkosten mehr. In einer freien Gesellschaft entscheiden die Bürger selbst, wofür sie ihr Geld ausgeben. Daher regeln sie ihre Vorsorge selbst.» (Vgl. dazu: «Bürger zur Freiheit», Radikal-liberaler Programmentwurf, «liberal», 34. Heft, November 1992, S. 132; «Reflexion» Nr. 28, Dezember 1992, «Schweizer Monatshefte», 73. Jahrgang 1993, S. 25.)

Die liberale Lösung: Arbeitsplätze werden von der Wirtschaft geschaffen. Diese häufig aus politischen Gründen unterschlagene Binsenwahrheit gilt, auch wenn heute wegen des technologischen Fortschritts Wirtschaft und Arbeitsangebot nicht mehr im Gleichschritt wachsen.

Die hohe Arbeitslosigkeit, die alle europäischen Industriestaaten heimsucht, ist nicht in einer Epoche des Laissez-faire-Kapitalismus, der willkürlichen Deregulierung und Entflechtung von Staat und Wirtschaft entstanden. Im Gegenteil, die hohe

Arbeitslosigkeit ist Produkt einer Zeit, da die Wirtschaft in allen Staaten Westeuropas unter einem präzedenzlosen, teilweise noch immer zunehmenden Regulierungsdruck steht, da der staatliche Anteil am Bruttosozialprodukt und die Staatsverschuldung stets neue Rekorde brechen.

Was muss daraus folgen? Eine wirksame Reduktion der Arbeitslosigkeit kann nicht auf dem bisherigen Weg, der uns in die Misere geführt hat, erzielt werden. Wenn Regulierung, Staatsintervention und Staatsverschuldung hohe Arbeitslosigkeit verursacht haben, so können nur Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung sie wieder beseitigen.

Zwei Ziele stehen im Mittelpunkt:

– der tatsächlich vorhandene Bedarf an Arbeitsleistung soll besser ausgeschöpft werden;

– neue Formen und Inhalte existentieller Sinnstiftung ausserhalb der entlohnten Erwerbstätigkeit sollen entwickelt und verwirklicht werden.

Der Erreichung dieser Ziele dient die Garantie eines minimalen Lebensunterhalts, der durch die gesetzlich festgelegte Pflicht zur Mindestversicherung und durch die Negativsteuer, die bei sozialen Härtefällen als Bürgerkasse dient, bereitgestellt wird.

Mit diesem minimalen Lebensunterhalt kann einerseits bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit ein Mindesteinkommen ausgerichtet werden, andererseits lassen sich damit Tätigkeiten beispielsweise kulturellen, sozialen oder umweltschützerischen Charak-

ters, die kein Einkommen abwerfen, teilweise oder vollständig bezahlen. Den tatsächlich vorhandenen Bedarf an Arbeitsleistungen besser ausschöpfen heisst, mittels Abschaffung der Unternehmensbesteuerung, Beseitigung von Lohnnebenkosten und Liberalisierung des Arbeitsmarkts die Hemmschwelle bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze drastisch abbauen.

Je günstiger die Schaffung von Arbeitsplätzen ist, desto mehr Stellen kommen auf den Markt. Durch die Öffnung eines heute weitgehend geschlossenen Arbeitsmarktes werden nicht, wie von den Liberalisierungsgegnern behauptet, die Löhne gedrückt und die Arbeitnehmer schutzlos der Arbeitgeberwillkür ausgesetzt. Im Gegenteil, indem der Arbeitsmarkt ausgeweitet wird, wächst der Wettbewerb um Arbeitskräfte, steigen demzufolge die Löhne und

«Alle staatlichen Sozialtransfers werden abgeschafft. Es gibt keine Lohnnebenkosten mehr. In einer freien Gesellschaft entscheiden die Bürger selbst, wofür sie ihr Geld ausgeben. Daher regeln sie ihre Vorsorge selbst.»

aus: Bürger zur Freiheit

verstärkt sich die Position der Arbeitnehmer – allerdings, und dies ist der entscheidende Beitrag zu einer erfolgreichen Wirtschaft, nur der qualifizierten und initiativen Arbeitnehmer.

Die Durchregulierung des Arbeitsmarkts ist deshalb so schädlich, weil sie die Produktivitäts- und Effizienzkriterien, die letztlich über das Funktionieren jeglicher Art von Markt entscheiden, durch sozialpolitische Zielsetzungen wie den Schutz der Schwachen und Unqualifizierten verzerrt. Damit immer mehr Menschen sich immer besser und für sie profitabler auf einem freien Arbeitsmarkt behaupten können, bedarf es nicht immer mehr Regulierungen, sondern tiefgreifender Reformen in Bildung und Ausbildung.

Je umfassender, in inhaltlicher wie lebenszeitlicher Hinsicht, Bildung ist und je mehr Kompetenz, Beweglichkeit und Berufsstolz die Ausbildung vermittelt, desto unabhängiger werden die Menschen. Gleichzeitig, und dies steht hinter dem Ziel, neue

Formen und Inhalte existentieller Sinnstiftung zu entwickeln, werden sie zugänglicher werden für Werte, die nicht unbedingt direkt mit der Erwerbstätigkeit zu tun haben.

Jede Gemeinschaft hat bei einem begrenzten Angebot an Arbeitskräften und Ressourcen ein fast unbegrenztes Angebot an Tätigkeitsfeldern. Je mehr Reglementierungen die Beziehungen zwischen diesen beiden Angeboten unterworfen werden, desto ärmer steht die Gemeinschaft insgesamt da.

Dies lässt sich an unzähligen Beispielen aus der Geschichte belegen. Das Lehenswesen beim Landbesitz, Sklaverei und Zunftwesen beim Arbeitsmarkt, Zensur bei Kultur und Wissenschaft stehen als Mahnmale für Reglementierungen, welche die ihnen unterworfenen Gemeinschaften zu Stagnation und schliesslich Zerfall verurteilt haben. Noch jedesmal hat nur Liberalisierung zu tiefgreifender Erneuerung und zu neuem Wohlstand geführt. ♦

URS SCHÖTLI

SPLITTER

Auffällig ist das Bestreben der Sozialpolitik, das Zwangsmässige ihrer Handlungen mit Begriffen zu verschleiern, die der moralischen Sphäre entnommen sind. So bereits in der Verwendung des Ausdrucks «Pflicht» statt «Zwang» – etwa Sozialversicherungs-«pflicht», Beitrags-«pflicht». Das Wort «Pflicht» ist der moralischen Sphäre entlehnt. Es setzt persönliche Entscheidungsfreiheit voraus; diese ist jedoch beseitigt, wenn der Wohlfahrtsstaat zum Beitritt in seine Versorgungsanstalten zwingt oder den progressiven Steuerbeitrag eintreibt.

Ähnlich die Verwendung der Begriffe «Solidarität» oder «soziale Gerechtigkeit». Eine mit Polizeimitteln erzwungene Solidarität verliert ihren moralischen Charakter. Es ist moralisch ohne Wert, gezwungenermassen «solidarisch» zu sein. Solidarität kann ihren sittlichen Wert nur in freien Gruppierungen, in echten Gemeinschaften behaupten. Wenn sie auf ein gesamtstaatliches Kollektiv von vielen Millionen sich unbekannter und gleichgültiger Menschen übertragen wird, muss das moralische Verpflichtungsgefühl verblassen.

GERD HABERMANN, *Der Wohlfahrtsstaat, Die Geschichte eines Irrwegs*, Ullstein/Propyläen, Berlin 1994, S. 242

Die Logik des Wohlfahrtsstaates drängt dahin, die offene Gesellschaft mit Marktwirtschaft, Vertragsfreiheit, Rechtsstaat und Parteienkonkurrenz wieder in eine geschlossene Gesellschaft mit dominierendem Staatseingriff zurückzubilden, die einem System unterschiedlicher Berechtigungen nach dem Massstab distributiver Gerechtigkeit unterliegt.

Wird eine Gesellschaft, die sich daran gewöhnt, vom Staat die Garantie ihres Lebensstandards zu erwarten, diesen Standard auf Dauer halten können?

GERD HABERMANN, a. a. O., S. 356